

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.**

## 1 Beschaffer

### 1.1 Beschaffer

**Offizielle Bezeichnung:** Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

**Art des öffentlichen Auftraggebers:** *Öffentliches Unternehmen*

**Tätigkeit des Auftraggebers:** *Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste*

## 2 Verfahren

### 2.1 Verfahren

**Titel:** H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

**Beschreibung:** Gegenstand der zu vergebene Leistung sind die Bauüberwachungsleistungen für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

**Kennung des Verfahrens:** fe63b45a-d2e1-4af0-8f1b-191f9f250f98

**Interne Kennung:** 158-25-E11

**Verfahrensart:** *Offenes Verfahren*

**Beschleunigtes Verfahren:** nein

#### 2.1.1 Zweck

**Art des Auftrags:** *Dienstleistungen*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 71240000 *Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen*

#### 2.1.2 Erfüllungsort

**Ort:** Heidelberg

**Postleitzahl:** 69115

**NUTS-3-Code:** *Heidelberg, Stadtkreis (DE125)*

**Land:** *Deutschland*

#### 2.1.3 Wert

**Geschätzter Wert ohne MwSt.: 140,000 Euro**

#### **2.1.4 Allgemeine Informationen**

**Rechtsgrundlage:**

*Richtlinie 2014/25/EU*

sektvo -

#### **2.1.6 Ausschlussgründe**

**Quellen der Ausschlussgründe:** *Bekanntmachung*

*Rein nationale Ausschlussgründe:* Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

### **5 Los**

#### **5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001**

**Titel:** H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

**Beschreibung:** Gegenstand der zu vergebene Leistung sind die Bauüberwachungsleistungen für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

**Interne Kennung:** 8280c282-21cc-479c-8685-b22db84930b9

##### **5.1.1 Zweck**

**Art des Auftrags:** *Dienstleistungen*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 71240000 *Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen*

##### **5.1.3 Geschätzte Dauer**

**Sonstige Angaben zur Dauer:** *Unbekannt*

##### **5.1.4 Verlängerung**

**Verlängerung - Maximale Anzahl:** 0

##### **5.1.6 Allgemeine Informationen**

*Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert*

**Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen:** ja

**Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU):** nein

### 5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

**Art der strategischen Beschaffung:** *Keine strategische Beschaffung*

### 5.1.9 Eignungskriterien

**Quellen der Auswahlkriterien:** *Bekanntmachung*

**Kriterium:** *Eintragung in das Handelsregister*

**Beschreibung:** Die in diesem Abschnitt geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bieter und den jeweiligen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft jeweils gesondert vorzulegen. Ausländische Bieter müssen gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes vorlegen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, im Fall der Beauftragung mit dem jeweiligen Bieter von diesem eine Beglaubigung der Übersetzung(en) zu verlangen. Mit dem Angebot ist einzureichen: Handelsregistrauszug, nicht älter als 3 Monate.

**Kriterium:** *Berufliche Risikohaftpflichtversicherung*

**Beschreibung:** Der Bieter bestätigt, dass er über eine bestehende und gültige Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügt. Bitte legen Sie einen Nachweis über die bestehende Versicherung bei. Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten: • € 3.000.000 für Personen-; und € 2.000.000 für Sach- und Vermögensschäden Nachzuweisen ist dies durch eine gültige Versicherungspolice, die die entsprechenden Deckungssummen für den Auftragsfall bestätigt. Bitte beachten Sie: Ein Hinweis auf der Versicherungspolice, dass sich die Versicherung automatisch verlängert, wird nicht akzeptiert. Es muss eine aktuelle Fassung der Versicherungspolice vorgelegt werden. Ist die Versicherungspolice zum Nachweis der zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt? Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

**Kriterium:** *Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen*

**Beschreibung:** Qualifikationsnachweise und Anforderungen an das Einsatzpersonal Angaben zu Mitarbeitern (Namen und Qualifikation), die im Falle einer Beauftragung eingesetzt werden. Wir bitten darum, die Leistungsfähigkeit des vorgesehenen Personals mittels einer Referenzliste nachzuweisen. Folgende Qualifikationen des eingesetzten Personals sind erforderlich: • SIVV-Schein • Sachkundiger Planer gemäß TR Instandhaltung (TR IH), zur Beurteilung der durch den AN vorzulegenden Arbeitsanweisungen. Der Nachweis der Fachkunde erfolgt gemäß DAfStb Heft 638 und RL SIB (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen). • Erfahrungen im Bereich von Brückeninstandsetzungen • Erfahrungen im Bereich des Gleisbaus • Erfahrungen mit dem Einbau von ERS-Systemen • Erfahrungen im Bereich des Einbaus von HANV-Schichten Sollte das für die Baumaßnahme vorgesehene Personal verhindert sein, darf nur Personal eingesetzt werden, dass gleichwertige Qualifikationen/Referenzen

vorweisen kann. Diese sind dem AG unaufgefordert vorzulegen. Falls keine gleichwertige Qualifikationen/Referenzen vorzuweisen sind, darf der AG das Personal von der Baustelle verweisen. Etwaige Kosten der aufgrund der fehlenden Qualifikationen/Referenzen dem AG entstehen, kann als Schadensersatz gelten gemacht werden. Hinweis: Der Nachweis ist zwingend mit dem Angebot einzureichen. Liegen die Qualifikationen vor und wurden diese als Anlage mit dem Angebot eingereicht? Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung:** Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO). Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind. Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat. : Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des

Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung:** Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach: - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder - den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels). Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichtsoder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden? Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB Befindet sich das Unternehmen

in einer der folgenden Situationen? - Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen, - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt, - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung, - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann, - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden, - das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt, - das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung:** Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor? Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vor? Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) Liegt ein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vor? Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung )

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vor? Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise nicht wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt? Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden. Hierzu werden entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt. Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen. Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an. Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt. Es gelten folgende Grenzen: Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz (Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung:** Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an. Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt. Es gelten folgende Grenzen: Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz (Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

**Kriterium:** *Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität*

**Beschreibung:** Angaben zu Mitarbeitern / Personaleinsatz - Anzahl der durchschnittlich eingesetzten Mitarbeiter (vor Ort und im Backoffice) - Vorgesehene Aufbau-Organisation der örtlichen Bauüberwachung Hinweis:

Der Nachweis ist zwingend mit dem Angebot einzureichen. Liegen die Angaben vor und wurden diese als Anlage mit dem Angebot eingereicht? Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

#### 5.1.10 Zuschlagskriterien

**Kriterium:**

**Art:** *Preis*

**Bezeichnung:** Preis

**Beschreibung:** Preis

**{auxiliary|text|award-criterion-weight-dimension}:** *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

**Zuschlagskriterium — Zahl:** 100

#### 5.1.11 Auftragsunterlagen

**Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen:** *Deutsch*

**Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen:** 18/07/2025 15:00 +02:00

**Internetadresse der Auftragsunterlagen:** <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/ebb7f065-d747-48b5-911e-96ce8d6ed241>

#### 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

**Bedingungen für die Einreichung:**

**Elektronische Einreichung:** *Erforderlich*

**Adresse für die Einreichung:** <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/ebb7f065-d747-48b5-911e-96ce8d6ed241>

**Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:** *Deutsch*

**Elektronischer Katalog:** *Nicht zulässig*

**Nebenangebote:** *Nicht zulässig*

**Die Bieter können mehrere Angebote einreichen:** *Zulässig*

**Frist für den Eingang der Angebote:** 28/07/2025 15:00 +02:00

**Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss:** 30 Tag

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**



*Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.*

**Zusätzliche Informationen:** Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

**Auftragsbedingungen:**

**Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:**  
*Nein*

**Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:** 1. Gemäß § 5 Abs. Landestariftreue- und Mindestlohngesetz, Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) haben die Bieter sowie deren Nachunternehmen und Verleihunternehmen (§ 5 Abs. 2 LTTG), soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen abzugeben haben. 2. Einhaltung der Erklärungsinhalte der Eigenerklärung zum Russlandgeschäft gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576. 3. Berufshaftpflichtversicherung (Personen- und Sachschäden mind. 3 Mio. EUR) 4. Im Falle der Bietergemeinschaft: Bietergemeinschaftserklärung 5. Im Falle der Eignungsleihe: Eigenerklärung qualifizierter Nachunternehmer

**Elektronische Rechnungsstellung:** *Erforderlich*

**Aufträge werden elektronisch erteilt:** *ja*

**Zahlungen werden elektronisch geleistet:** *ja*

**Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.:** *Keine*

**5.1.15 Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

*Keine Rahmenvereinbarung*

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

*Kein dynamisches Beschaffungssystem*

**5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

**Überprüfungsstelle:** Regierungspräsidium Karlsruhe

**Informationen über die Überprüfungsfristen:** Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 GWB lautet wie folgt: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen

Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

**Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:** Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:** Regierungspräsidium Karlsruhe

## 8 Organisationen

### 8.1 ORG-0001

**Offizielle Bezeichnung:** Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

**Identifikationsnummer:** 9e6f8957-23ff-4739-82a0-0d94363c37e2

**Abteilung:** Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

**Postanschrift:** Möhlstraße 27

**Ort:** Mannheim

**Postleitzahl:** 68165

**NUTS-3-Code:** *Mannheim, Stadtkreis* (DE126)

**Land:** *Deutschland*

**Kontaktstelle:** Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

**E-Mail:** vergabe@rnv-online.de

**Telefon:** +49 6214651730

**Fax:** +49 6214653214

**Internet-Adresse:** <http://www.rnv-online.de>

**Rollen dieser Organisation:**

**Beschaffer**

#### 8.1 ORG-0002

**Offizielle Bezeichnung:** Regierungspräsidium Karlsruhe

**Identifikationsnummer:** 1d8ddb29-ca75-433e-ace2-8ea30f3e66c1

**Abteilung:** Vergabekammer Baden-Württemberg

**Ort:** Karlsruhe

**Postleitzahl:** 76137

**NUTS-3-Code:** *Karlsruhe, Stadtkreis* (DE122)

**Land:** *Deutschland*

**Kontaktstelle:** Vergabekammer Baden-Württemberg

**E-Mail:** [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

**Telefon:** +49 7219268730

**Fax:** +49 7219263985

**Internet-Adresse:** <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

**Rollen dieser Organisation:**

**Überprüfungsstelle**

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt**

#### 8.1 ORG-0003

**Offizielle Bezeichnung:** Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

**Identifikationsnummer:** eaf7ad94-04c8-477c-9f90-dfab11736d1a

**Abteilung:** Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

**Postanschrift:** Möhlstraße 27

**Ort:** Mannheim

**Postleitzahl:** 68165

**NUTS-3-Code:** *Mannheim, Stadtkreis* (DE126)

**Land:** *Deutschland*

**Kontaktstelle:** Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

**E-Mail:** vergabe@rnv-online.de

**Telefon:** +49 6214651730

**Fax:** +49 6214653111

**Internet-Adresse:** <https://www.rnv-online.de>

**Rollen dieser Organisation:**

**Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt**

### **Informationen zur Bekanntmachung**

**Kennung/Fassung der Bekanntmachung:** 5af44ef5-592f-4129-90bb-e2fe08d29532 - 01

**Formulartyp:** *Wettbewerb*

**Art der Bekanntmachung:** *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

**Datum der Übermittlung der Bekanntmachung:** 26/06/2025 07:55 +02:00

**Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist:** *Deutsch*